

Wie gesund sind wir in Zukunft? Bundestagswahl 2013:

Chancen, Entwicklungen und Perspektiven

Zukunft für Heilmittelberbringer und Patienten

Warum müssen angehende Heilmittelberbringer Schulgeld bezahlen, Medizinstudenten aber keine Studiengebühren?



Der Arzt als ursprünglich klassisch männlicher Beruf erfordere eine lange Ausbildung, die ohne Studiengebühren möglich sei, so Biggi Bender. Alle nicht ärztlichen Gesundheitsberufe als ursprünglich klassisch weibliche Berufe hingegen seien schulgeldpflichtig. Die Ärztezentrtheit des Gesundheitssystems, wie sie in Deutschland üblich ist, gebe es sonst nirgendwo. Bündnis 90/Die Grünen sind der Meinung, wir könnten diesbezüglich von anderen Ländern lernen. Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass die Ausbildung in allen Gesundheitsberufen kostenfrei ist.

Bündnis 90/Die Grünen wollen eine vernetzte Gesundheitsversorgung erreichen. Das bedeutet, Mediziner sowie Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden absolvieren einen Teil des Studiums zusammen, so dass hier bereits erste Vernetzungen und ein Miteinander auf Augenhöhe entstehen können. Daher sei die Akademisierung eine logische Konsequenz und das nächste anvisierte Ziel, sagt Biggi Bender.



Karin Maag findet, das Schuldgeld müsse abgeschafft werden. Die CDU arbeite bereits in der Pflegeausbildung daran. Es ist als Problem erkannt, dass die öffentlichen Schulen zwar schulgeldfrei sind, die privaten aber kosten. Allerdings, so Karin Maag, erfordere die Abschaffung des Schulgelds Zeit. Dieses Projekt sei sicher nicht in den nächsten zwei Jahren machbar und auch für die nächsten vier noch nicht zu versprechen, zumal die Zuständigkeit der Bundesländer tangiert werde.

Auf dem Weg zur Akademisierung wurde die Modellklausel eingeführt. In dieser Legislaturperiode müsse nun anhand der dabei gewonnenen Erkenntnisse geprüft werden, ob das Studium die Regelausbildung werden könne. Die CDU hält das Studium für einen wichtigen Schritt, wenn in Zukunft auf Augenhöhe zwischen den Angehörigen der unterschiedlichen Gesundheitsberufe zusammengearbeitet werden soll, und zwar auch im Hinblick auf die Themen „Direktzugang“ und „Vergütung“.



Die FDP war gegen die Abschaffung der Studiengebühren, da sie dies für ein langfristig falsches Signal hält. Es sei ungerecht und ein falscher Weg, wenn Handwerker für die Meisterausbildung zahlen, Studierende, die später oft ein hohes Gehalt erwarten könnten, jedoch nicht. Entsprechend spricht sich die FDP auch für ein Schulgeld aus.

Der Zugang zum Beruf solle, so Haußmann, sowohl über den Weg der Ausbildung als auch des Studiums möglich sein. In diesem Punkt sei er mit Ute Vogt/SPD einig.



Die SPD setzt sich für Ausbildung und Bildung ein, und zwar unabhängig vom Geldbeutel. Das sei aber in den nächsten zwei Jahren noch nicht komplett umsetzbar, so Ute Vogt. Generell möchte die SPD mehr staatliche Schulen, Bafög und Schulerstärkung sind angeht.

Ute Vogt hält das akademische Ausbildungsangebot für wichtig, jedoch nicht für den alleinigen Regelzugang. Beide Zugangswege, Ausbildung und Studium, sollten möglich bleiben, da man sonst viele Menschen, die für den Beruf fähig seien, ausschließen würde. Ein Zugang zum Studium soll, wie in anderen Bereichen auch, über eine abgeschlossene Berufsausbildung ebenfalls möglich sein.

Kommentar des Faktenchecks:
Die Entscheidung über Schulgeld/Studiengebühren liegt nicht beim Bund, sondern bei den Bundesländern (Kulturhoheit). Alle Parteien sind sich übergreifend einig, Schulgeldgebühren abschaffen zu wollen und dies teils über den Weg einer studiengebührenfreien Akademisierung. Wie sie dies allerdings im Rahmen der vielen privaten Schulträger schaffen wollen, bleibt abzuwarten. Abschaffung der Schulgebühren, wo stehen wir in den kommenden Jahren? Wir fragen im Laufe der neuen Legislaturperiode nach.

Was plant die Politik gegen die schlechten Honorierungen von Heilmittelbringern?
Wird sie einer Abkoppelung unserer Gebühren an die Grundlohnsummen zustimmen?
Welcher finanzielle Ausgleich für den Wegfall der PKV-Patienten bei Einführung einer Bürgerversicherung ist geplant?



Bündnis 90/die Grünen wollen die Bindung an die Grundlohnsumme abschaffen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen eine Einheitsversicherung. Sie haben in den Planungen nicht nur an Ärzte gedacht, die einen finanziellen Ausgleich für die dann wegfallenden PKV-Sätze fordern, sondern ebenso an andere Berufsgruppen. Die durch den Wegfall der PKV fehlenden Honorare sollen auch im Heilmittelbereich ausgeglichen werden, so dass der Gesamthonorartopf am Ende gleich hoch bleibe. Eine Kleine Anfrage bezüglich der Kompensationshöhe PKV haben Bündnis 90/Die Grünen deshalb bereits gestellt.

Biggi Bender weist darauf hin, sollte es bei Schwarz-Gelb und somit wie bisher bei der Trennung von PKV und GKV bleiben wie, würden spätestens 2014 wieder Zusatzbeiträge kommen. Diese seien momentan nur aufgrund des wahltaktisch hoch angesetzten Einheitsbeitrags an den Gesundheitsfonds und der guten Konjunktur nicht notwendig.



Karin Maag findet, der Dienst am Menschen werde zu schlecht bezahlt. Die CDU wird sich dafür einsetzen, dass in der nächsten Legislaturperiode die Abkoppelung der Honorarentwicklung von der Grundlohnsumme umgesetzt wird.

Mit der CDU gibt es keine Bürgerversicherung. Das System der PKV habe die eine oder andere Schwachstelle, so Karin Maag, nämlich Versicherungen, die ihre niedrige Einstiegsprämie nicht auf Dauer garantieren können. Das müsse man ändern. Eine Abschaffung der PKV aber koste den Staat erhebliche Summen. Die privat Versicherten und alle Versicherten, die heute in der PKV sind, hätten bis zum Tod die verfassungsrechtliche Garantie, dass dies so bleibe. Wenn man an eine Bürgerversicherung denke, müsse man das mitdenken. Die CDU beteilige sich hieran nicht.



Die Vergütung im Heilmittelsektor habe die letzten zehn Jahre nicht Schritt mit der Preisentwicklung gehalten, so Jochen Haußmann. Wer vor zehn Jahren bereits tätig war, dem sei es damals wahrscheinlich finanziell besser ergangen. Die Orientierung an der Grundlohnsumme sei nichts anderes als eine Kostendämpfungsmaßnahme. Jetzt gäbe es aber einen Überschuss bei den Krankenkassen, den es in den letzten Jahren nicht gegeben habe. Jetzt könne man das Thema angehen.

Die FDP ist gegen eine Bürgerversicherung und für den Erhalt von GKV und PKV: Die Bürgerversicherung sei ein sozialistisches System, das nicht funktioniere. Er betrachte die Bürgerversicherung mit Sorge, da man aus dem Ausland wisse, dass sie zu einer stärkeren Zwei-Klassen-Gesellschaft führe, als es die deutsche „Zwei-Klassen-Komfort-Gesellschaft“ sei.



Es werde derzeit nicht das bezahlt, was uns die Leistung eigentlich wert sei, so Ute Vogt. Die SPD fordere, dort, wo Dienst am Menschen geleistet wird, muss mehr bezahlt werden. Ute Vogt befürchtet, sonst gebe es in Zukunft nicht mehr genügend Menschen, die diese Berufe ausüben.

Die SPD spricht sich für eine Bürgerversicherung aus. Die Behandelnden sollen für Leistungen am Patienten stets das gleiche Honorar bekommen, anders als bei der Trennung GKV und PKV. Die Gesamthonorarsumme solle jedoch im System bleiben: Was bei ehemaligen Privatpatienten gespart werde, würde dann bei den anderen mehr bezahlt. Wenn die Bürgerversicherung komme, so Ute Vogt, entstehe dadurch eine ganz neue Debatte über Behandlungsgebühren. Somit biete der Systemwechsel Chancen für die Heilmittelberbringer, ihre Honorarordnung neu zu gestalten.

Kommentar des Faktenchecks:
Uns ist nicht bekannt, dass Bündnis 90/Die Grünen die Bindung an die Grundlohnsumme abschaffen wollen. Dies hat aber Jens Spahn in einer eigenen Veranstaltung angekündigt.
Nach dem gegenwärtigen Honorarsystem ist eine Anknüpfung unserer Honorarentwicklung an die Morbiditätsrate nicht denkbar. Es gibt keinen Mechanismus, mit dem man bei uns steigende Gesamtausgaben aus mehr Verordnungen mit einer Kürzung unserer Honorare (oder umgekehrt) verbinden kann. Anders als bei den Ärzten gibt es bei uns ja keine Gesamtvergütung.
Die Einschätzung, dass es spätestens 2014 wieder Zusatzbeiträge geben wird, wenn die Trennung von PKV-GKV bleibt, halten wir für schlicht falsch. Im Übrigen: Da die PKV erhalten bleiben muss (verfassungsrechtlicher Besitzstand, inzwischen allgemeine Einschätzung auch bei Biggi Bender), kann die Politik nur den Zugang zur PKV erschweren oder ganz schließen. Die Zahl der Neuzugänge in der Grundversicherung der PKV hält sich sehr in Grenzen. Deren Beiträge sind keinesfalls geeignet, nennenswert zu den Einnahmen der GKV beizutragen.
Alle Parteien sind sich einig, die Preisfindung therapeutischer Leistungen von der Beteiligung an der Grundlohnsumme gänzlich abzukoppeln oder weitere Parameter in die Bestimmung miteinfließen zu lassen. Wie wird die Abkoppelung von der Grundlohnsumme durchgesetzt? Wir haken in der kommenden Legislaturperiode einmal nach.

Wie stehen die politischen Parteien zum Thema Direktzugang der Patienten zu den Heilmittelbringern und zur Selbstverwaltung durch Einführung einer Heilmittelkammer?



Biggi Bender verweist auf die bereits bestehenden Modellversuche. Der Arzt schreibe etwas auf, der Physiotherapeut dürfe davon jedoch in der Behandlung abweichen. Bis jetzt laufen diese Modellversuche sehr erfolgreich, so Biggi Bender. Der Patient entwerfe diese Modellversuche sehr wirtschaftlich. Dies spricht dafür, dass man in Zukunft so verfahren werde. Ob das jedoch bedeute, dass der Arzt in Zukunft gar nichts mehr aufschreibe, sei fraglich. Die Ärzte unterliegen einer Steuerung durch Budgetierung, die dazu führe, dass sie nicht unbeschränkt verordnen. Eine solche Steuerung müsse dann bei den Heilmittelbringern eingeführt werden. Wie diese Steuerungsmöglichkeiten dann aussähen, dazu müsse man miteinander sprechen. Bündnis 90/Die Grünen seien hier offen.

Bezüglich der Verknüpfung ist Bender skeptisch. Bei der Kammer sei in der Regel auch eine berufsständische Versorgungsanstalt dabei. Dies koste viel Geld beim Aufbau. Biggi Bender tendiert dazu, die Hoffnung, die sich mit einer Verknüpfung verbinden als zu überzogen zu bewerten. Letztlich müssten sich da aber die Heilmittelberbringer eine eigene Meinung bilden. Und wichtig sei so oder so, dass sie für ihre Überzeugungen in der Öffentlichkeit aufträten.



Karin Maag verweist auf die Aussage vieler Ärzte, es stelle sich stets die Frage, ob die Rückenschmerzen aufgrund eines Rückentumors oder von der Bandscheibe verursacht würden. Die Ärzte legten daher Wert darauf, aufgrund ihrer umfassenden Ausbildung die Diagnose zu stellen und dann zu entscheiden, welche Form der Therapie die richtige sei. Für Karin Maag wäre die Akademisierung ein Weg zum Direktzugang, aber sie könne auch das Argument der Ärzte nicht aus dem Weg räumen, das ihr schlüssig erscheine.

Zur Verknüpfung würde Karin Maag stets raten, denn das bedeute, einheitlich zu reden. Das, so Karin Maag, machten die anderen Berufsgruppen nämlich besser. Sie hält die Verknüpfung für einen vernünftigen Gedanken. Sie habe auch keine Angst vor einer starken Lobby. Im Gegenteil, so hätte sie einen starken Ansprechpartner, mit dem sie sich kontinuierlich auseinandersetzen könne.



Jochen Haußmann stellt klar, das Thema „Direktzugang“ sei noch ein Schritt zu früh. Ein erster Schritt wäre es, dass der Arzt den Bedarf feststelle und der Therapeut über die Mittel entscheide. So könne man auch den bürokratischen Aufwand verringern. Noch offene hingegen seien die Themen „Budget“ und „Haftung“.

Wenn dies alles laufe, könne man vielleicht in der nächsten oder übernächsten Legislaturperiode über weitere Schritte in Richtung Direktzugang reden.

Aus Sicht der FDP spricht nichts gegen eine Kammer.



Die SPD fördere zwar den Hausarzt als „Lotsen“, damit Patienten nicht alle Untersuchungen dreimal durchführen ließen. Aber der Direktzugang mache aus Sicht der SPD Sinn, so Ute Vogt.

Eine Verknüpfung sagt Ute Vogt, bringe auch Nachteile, beispielsweise verpflichtender Beitritt, Kammerbeiträge usw. Eine Kammer könne zwar im Sinne einer größeren Durchschlagskraft bei den Anliegen helfen, aber bedeute auch mehr Bürokratie. Insofern plädiere sie eher für eine stärkere Zusammenarbeit der Verbände. Letztlich überlasse sie die Entscheidung aber den Heilmittelbringern, ob sie die Verknüpfung wollen oder nicht.

Wann endlich kommt ein Präventionsgesetz?
Wird dabei auch die Umsatzsteuerbefreiung präventiver Leistungen sichergestellt?
Wie will die Politik sicherstellen, dass Kindern notwendige therapeutische Hilfen nicht vorenthalten werden?



Biggi Bender weist darauf hin, dass wir das Präventionsgesetz, und zwar ein gutes, längst hätten haben können. Die CDU habe es 2005 aus wahltaktischen Gründen gekippt. Das neu vorgelegte Gesetz sei hingegen nicht gut. Sie begründet: Unser Problem liege bei der gesundheitlichen Situation/Prävention der sozial Benachteiligten. Mithilfe des neuen Gesetzesentwurfs werde man sie aber nicht erreichen.

Sollten Bündnis 90/Die Grünen den Wählerauftrag bekommen, gehen sie das Präventionsgesetz neu an. Allerdings sind nur das Präventionsgesetz nichts an der Umsatzsteuerbefreiung. Dies werde sich nur ändern, wenn Leistungen in den Kassenkatalog aufgenommen würden, so Biggi Bender.



Karin Maag stellt klar, an das Thema „Umsatzsteuerbefreiung“ bei Präventionsleistungen könne man auch in der nächsten Legislaturperiode nicht ran. Eine Umsatzsteuerbefreiung gebe es nur für eine echte Heilmittelverordnung, aber nicht für Präventionsleistungen. Notwendig sei hier ein Prüfauftrag an die Bundesregierung.

Sollte das Präventionsgesetz in dieser Legislaturperiode nicht durchkommen, werde die CDU dies in der neuen Legislaturperiode angehen, so Karin Maag.



Jochen Haußmann sieht im zurzeit diskutierten Präventionsgesetz gute Möglichkeiten, voranzukommen und Thema in Hinblick auf das Thema „Prävention“ zu tun. Er hält es für wichtig, das Thema anzugehen, bezweifelt jedoch, dass es im September noch im Bundesrat durchgehe. Es sei schwierig zu erklären, warum manche Leistungen von Physiotherapeuten gar nicht, andere mit sieben, andere mit 19 Prozent besteuert würden.

Hinsichtlich der Umsatzsteuerbefreiung, so Jochen Haußmann, böte Prävention nach dem Europäischen Gerichtshof durchaus Spielraum.

Kommentar des Faktenchecks:
Die Rechtsauffassung von Biggi Bender zur Umsatzsteuerbefreiung von Präventionsmaßnahmen trifft nicht zu. Die Klarheit insoweit kann im Umsatzsteuergesetz, im Präventionsgesetz oder im SGB erfolgen bzw. jeweils in Kombination miteinander. Die EU-Umsatzsteuerrichtlinie ist hinsichtlich der Umsatzsteuerbefreiung weiter gefasst, als die Rechtsprechung des BFH dies bisher sieht. Unser Eindruck ist aber, dass dies an Unkenntnis des BFH über die Strukturen in der Patientenversorgung liegt.
Maßgeblich ist allerdings auch, dass in keinem denkbaren Fall Maßnahmen der Primärprävention, die der SPD und den Grünen besonders am Herzen liegt, umsatzsteuerbefreit sein werden.
Alle Parteien möchten in der kommenden Legislaturperiode erneut ein Präventionsgesetz auf den Weg bringen, weisen aber auf die bisherige Blockade-problematik durch den Bundesrat. Wann kommt das Präventionsgesetz? Wir fragen im Laufe der kommenden Legislaturperiode nach.

Danke für Ihr Interesse!

Gerne wenden Sie sich bei Fragen an uns:

www.dbi-ev.de
www.dve.info
www.bw.physio-deutschland.de
www.vpt-bw.de